

Snježana Matić

# Hauptschulabgänger/innen und Ausbildungsbetriebe

Eine empirische Untersuchung unter Ausbildungsbetrieben  
in Niederbayern

Matić

# Hauptschulabgänger/innen und Ausbildungsbetriebe



Snježana Matić

# Hauptschulabgänger/innen und Ausbildungsbetriebe

Eine empirische Untersuchung unter  
Ausbildungsbetrieben in Niederbayern

mit einem Vorwort von  
Guido Pollak

Verlag Julius Klinkhardt  
Bad Heilbrunn • 2013

k

Die vorliegende Arbeit wurde 2012 von der Philosophischen Fakultät der Universität Passau unter dem Titel “Die Sichtweise von Ausbildungsbetrieben auf Hauptschüler und Hauptschule: Eine empirische Untersuchung unter Ausbildungsbetrieben in Niederbayern” als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) angenommen.

Dieser Titel wurde in das Programm des Verlages mittels eines Peer-Review-Verfahrens aufgenommen.  
Für weitere Informationen siehe [www.klinkhardt.de](http://www.klinkhardt.de).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet abrufbar über <http://dnb.d-nb.de>.

2013.kg © by Julius Klinkhardt.

Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung  
des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Elske Körber, München.

Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik, Kempten.

Printed in Germany 2013.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem alterungsbeständigem Papier.

ISBN 978-3-7815-1922-0

*„Für meine Eltern“*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort von Guido Pollak</b> .....	9
<b>1 Einleitung</b> .....	13
1.1 Zielsetzung der Untersuchung.....	13
1.2 Struktur der Arbeit.....	15
<b>2 Hauptschule und Hauptschüler in der Diskussion</b> .....	17
2.1 Geschichte der Hauptschule.....	17
2.1.1 Entstehung der Mehrgliedrigkeit im deutschen Bildungssystem .....	17
2.1.2 Hauptschulen im gegliederten Schulsystem.....	18
2.1.3 Hauptschule heute .....	19
2.2 Bildungspolitische Diskussion nach PISA.....	22
2.2.1 Die „Risikogruppe“ .....	22
2.2.2 Soziale Auslese: Einfluss der sozialen Herkunft auf die Bildungsbeteiligung und auf den Schulerfolg.....	23
2.2.3 Schulstruktur und Chancengerechtigkeit.....	25
2.2.4 Schulformzugehörigkeit und Leistungsentwicklung.....	25
2.3 Berufsbildungspolitische Diskussion .....	27
2.3.1 Chancen von Hauptschülern auf dem Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt .....	27
2.3.2 Hauptschüler auf dem Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt: Aktuelle Situation und Aussicht .....	31
2.4 Haupt-/Mittelschule und Haupt-/Mittelschüler in Bayern .....	33
2.4.1 Schülerzahlentwicklung in Hauptschulen.....	34
2.4.2 Sichtweisen auf die Hauptschulinitiative in Bayern .....	38
<b>3 Hauptschüler und Hauptschule in der Sicht der Ausbildungsbetriebe</b> .....	41
3.1 Untersuchungsdesign .....	41
3.1.1 Konkrete Forschungsfragen .....	41
3.1.2 Erhebungsinstrument: Der standardisierte Fragebogen.....	41
3.1.3 Zur Stichprobenziehung.....	43
3.1.4 Rücklaufquote .....	45
3.2 Beschreibung der Ausbildungsbetriebe .....	51
3.2.1 Länge der Ausbildungstradition der beteiligten Betriebe .....	51
3.2.2 Länge der Ausbildungstradition der Betriebe mit Hauptschülern .....	53
3.2.3 Größe der Ausbildungsbetriebe .....	55
3.2.4 Besetzung der Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 2007/08 .....	59
3.2.5 Ablehnungsgründe von Bewerbern mit Hauptschulbildung .....	61
3.2.6 Zu den Ergebnissen.....	64



3.3 Anforderungen der Ausbildungsbetriebe an Hauptschüler.....	64
3.3.1 Schulische Qualifikationen, Probearbeiten, Betriebspraktikum, betriebsseigene Einstellungs-/Auswahltests .....	65
3.3.2 Weitere Erwartungen der Ausbildungsbetriebe an Jugendliche mit Hauptschulbildung .....	75
3.4 Erfahrungen der Ausbildungsbetriebe mit Auszubildenden aus Hauptschulen.....	78
3.4.1 Der Vergleich mit anderen Azubis .....	80
3.4.2 Ausbildungsverläufe von Azubis aus Hauptschulen .....	82
3.4.3 Azubis aus Hauptschulen vs. Anforderungen des Ausbildungsbetriebes .....	83
3.4.4 Ausbildungsabbrüche von Azubis aus Hauptschulen .....	85
3.4.5 Ausbildungsreife von Azubis aus Hauptschulen.....	86
3.4.6 Der Ruf von Azubis aus Hauptschulen in Ausbildungsbetrieben .....	88
3.4.7 Motivation und Leistungsbereitschaft von Azubis aus Hauptschulen.....	90
3.4.8 Zu den Ergebnissen.....	91
3.5 Beurteilung weiblicher und männlicher Schulabgänger aus Hauptschulen .....	92
3.5.1 Häufigkeitsverteilungen der einzelnen Merkmale .....	94
3.5.2 Bildung übergeordneter Variablen, Skalen und Indices.....	108
3.5.3 Betriebliche Einschätzungen des Arbeits- und Sozialverhaltens von Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen.....	115
3.5.4 Betriebliche Beurteilungen schulischer Basisqualifikationen von Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen.....	122
3.5.5 Größte Defizite heutiger Hauptschulabgängerinnen und Hauptschulabgänger aus Sicht der Ausbildungsbetriebe .....	128
3.6 Aussagen über Hauptschüler und Hauptschule .....	130
3.6.1 Darstellung der Zustimmungen und Ablehnungen der Betriebe zu den einzelnen Aussagen über Hauptschule und Hauptschüler.....	131
3.6.2 Bildung übergeordneter Variablen, Skalen und Indices.....	140
3.6.3 Betriebliche Einschätzungen der Anschlusschancen von Hauptschülern auf dem Ausbildungsstellenmarkt .....	145
3.6.4 Betriebliche Vorbehalte gegenüber Hauptschulen .....	146
3.6.5 Betriebliches Bild von Hauptschülern .....	147
3.6.6 Fragestellungen .....	148
<b>4 Zusammenfassende Darstellung.....</b>	<b>159</b>
<b>5 Literatur .....</b>	<b>165</b>
<b>6 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>175</b>
6.1 Abbildungen .....	175
6.2 Tabellen .....	175
<b>7 Abhang .....</b>	<b>181</b>
7.1 Anschreiben .....	181
7.2 Fragebogen.....	182
7.3 Instrumentenkonstruktion .....	188

## Vorwort von Guido Pollak

Auch wenn es in Bayern die Hauptschule dem Namen nach nicht mehr gibt, ist die Dissertation von Snježana Matić von aktueller Bedeutung. Denn die Umwandlung der Hauptschule in Mittelschule hat weder zu einer substantiellen Veränderung in der strukturellen Gliederung des bayerischen Schulsystems geführt, noch – und das ist der entscheidende Grund für die bleibende Aktualität der Untersuchung – ist zu erwarten, dass die problematischen Folgen der Dreigliedrigkeit des bayerischen Schulsystems eine positive Lösung finden. Denn die Dreigliedrigkeit ist in der öffentlichen Wahrnehmung und Beurteilung oft eine der Dreiwertigkeit. Die höchste Wertschätzung genießen höhere schulische Bildungstitel, weil sie das Potential der zukünftigen politischen, ökonomischen und Bildungseliten zur Verfügung stellen, mittlere schulische Bildungstitel sind vor allem im Bereich der Wirtschaft akzeptiert, weil sie das Potential anspruchsvoller beruflicher Ausbildungsberufe bereit stellen – während hingegen die Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule als eine in der Regel problematische Klientel gesehen wird, in dem das zukünftige Potential von Ausbildungsabbrechern, sozialen Außenseitern und zukünftiger Arbeitslosigkeit schlummert. Die differenzierten Ergebnisse der international vergleichenden Schulleistungsstudien von PISA und TIMSS zeigen zwar durchaus ein differenzierteres Bild der Leistungsfähigkeit der Hauptschule und ihrer Absolventinnen und Absolventen, insofern die Leistungsfähigkeit und Ergebnisqualität der Hauptschule unter Prozess- und Produktvariablen im Vergleich mit anderen Schularten (Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) erhoben und evaluiert wurde, die Ergebnisse konnten aber die Sichtweise der Dreigliedrigkeit als qualifikatorischer Dreiwertigkeit nicht entkräften. Vor allem der in Deutschland und auch in Bayern in den genannten und anderen Untersuchungen bestätigte enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und daraus resultierenden ungleichen wenn nicht ungerechten Chancen auf Beteiligung an höheren Bildungswegen und höheren Bildungsabschlüssen bestätigt die Sichtweise der Hauptschule als einer Schule, in der sich eine problematische Schüler- und auch Elternschaft findet. Die außerwissenschaftliche Diskussion griff die wissenschaftlichen Erkenntnisse schwerpunktmäßig im Kontext der bildungspolitischen Frage nach der Beibehaltung oder Abschaffung der Hauptschule als eigenständiger Schulform auf. Dabei stand und steht die Frage nach der Arbeitsmarktbedeutung der Hauptschule im Mittelpunkt, konkret die Frage also, welche Chancen Absolventen der Hauptschule an der Schwelle des ersten (Einmündung in die berufliche Ausbildung) und zweiten Arbeitsmarktes (Einmündung in den Arbeitsmarkt) tatsächlich besitzen. Ein gewichtiges Argument in dieser Diskussion besteht in der Behauptung, dass Absolventen der Hauptschule – vor allem wenn nur der „einfache“ Hauptschulabschluss vorliegt –, auf durch sukzessive Anforderungssteigerung in den Qualifikationserwartungen gekennzeichneten Arbeitsmärkten wenn überhaupt, dann nur geringe Chancen haben würden. Diese Behauptung wird geradezu unbefragt dem gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungssektor als Erwartungshaltung und Einschätzungsurteil zugeschrieben. Der Prä-

senz dieses Arguments in der außerwissenschaftlichen Diskussion steht aber bislang nur eine eher dürftige empirische Absicherung durch wissenschaftliche Untersuchungen zur Arbeitsmarktsituation von Absolventinnen und Absolventen der Hauptschule gegenüber. Was „der“ Arbeitsmarkt tatsächlich von den Absolventen hält, auf diese Frage liegen so gut wie keine inhaltlich anspruchsvollen und vor allem methodisch gesicherten Antworten seitens der empirischen Schul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktforschung vor. Hierzu war und ist ein erheblicher Forschungsbedarf zu konstatieren. Die Untersuchung von Frau Matić schließt hier eine Forschungslücke. Das Forschungsziel bestand darin, „Wissen davon zu erlangen, welche Erfahrungen regionale Ausbildungsbetriebe in der Berufsausbildung von Jugendlichen aus Hauptschulen machen, wie sie Hauptschüler beurteilen und welche Erwartungen sie an Hauptschüler haben. Zudem sollen fundierte Erkenntnisse darüber gewonnen werden, was Ausbildungsbetriebe in Bayern über Jugendliche mit Hauptschulbildung und über die Hauptschule denken.“ Die Untersuchung von Frau Matić kann auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe aus den in den Kammerbezirken Niederbayern/Oberpfalz in der Industrie- und Handelskammer bzw. in der Handwerkskammer organisierten Ausbildungsbetrieben zeigen, dass sich hinsichtlich dieser Frage empirisch ein differenzierteres Bild in der Einschätzung der Hauptschule aufzeigen läßt. Stark verkürzt liegen zentrale Einsichten in folgenden Ergebnissen. Die von Frau Matić erhobenen Daten zeigen eine große Heterogenität der Einstellungen von Betrieben gegenüber den Hauptschülerinnen und Hauptschülern in Abhängigkeit von Länge der Ausbildungstradition, der Betriebsgröße, der Zahl der angebotenen Lehrstellen, der Zusammensetzung der Auszubildenden im Betriebe nach Geschlecht und Abschluss. Gewicht hat auch die Branchenzugehörigkeit der Ausbildungsbetriebe (Handwerkskammer resp. Industrie- und Handelskammer). Während beispielsweise Betriebe, die in der IHK organisiert sind, eine tendenziell negativere Einschätzung hinsichtlich Leistungsbereitschaft, Motivation, Vorstellung über den zu erlernenden Beruf, Disziplin, Kenntnisse in den Bereichen Lesen, Rechnen, Rechtsschreibung, Interesse, Teamfähigkeit, Höflichkeit, Belastbarkeit, Toleranz, Zuverlässigkeit, Lernbereitschaft, u.a.m. angeben, werden von den Betrieben, die in der HWK organisiert sind, hier tendenziell bessere Urteile abgegeben. Dass Betriebe, die längere Erfahrungen mit zugleich mehr Auszubildenden haben, in beiden Organisationsbereichen zu besseren Einschätzungen kommen, ist ein interessantes Detailergebnis – weist es doch darauf hin, dass konkrete persönliche Erfahrungen mit den jungen Menschen dazu geeignet sind, gesellschaftlich-abstrakte Stereotypen als solche zu entlarven. Formelhaft ausgedrückt: Die konkreten Auszubildenden „vor Ort“ in den Betrieben sind tatsächlich besser als von „der“ Hauptschule produzierte und ihnen vorausseilende Ruf. Das sollte der bildungspolitischen Diskussion zu denken geben. Methodisch ist die Untersuchung sehr sorgfältig gearbeitet. Frau Matić kann mit aufwendigen statistischen Verfahren durch Datenverdichtung aus der Summe der Ergebnisse zu den Einzelitems übergeordnete Variablen, Skalen und Indices bilden und einer hypothesengeleiteten Analyse unterziehen. Daraus entsteht ein differenziertes und in der Regel positives Einschätzungsbild der Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungsreife der tatsächlich von den Betrieben ausgebildeten Hauptschülerinnen und Hauptschüler seitens der ausbildenden Betriebe, wobei die positive Einschätzung von strukturellen Merkmalen (besonders der Ausbildungserfahrung) der Betriebe abhängt, wie die zahlreichen korrelativen Zusammenhänge zeigen. Andererseits, und dies ist ein auf den ersten Blick widersprüchlicher Befund, schätzen die Betriebe im Mittel die generellen Arbeitsmarktchancen ihrer Auszubildenden eher nur „mittelmäßig“ ein, „und

zwar unabhängig davon, wie gut sie Jugendliche mit Hauptschulbildung bewerten [...], ob sie zum Befragungszeitpunkt alle Ausbildungsstellen für Hauptschüler/-innen auch tatsächlich mit Hauptschüler/-innen besetzen konnten [...], wie lange sie bereits schon Ausbildungsverantwortung für Jugendliche aus Hauptschulen übernehmen [...], wie groß sie sind und welcher Betriebsbranche [...] sie angehören“ (S. 163). Die befragten Betriebe schätzen also den einzelnen konkreten Hauptschüler, den sie selbst ausbilden oder ausgebildet haben, wesentlich besser ein als „den“ generalisierten Hauptschüler als Abgänger „der“ in ihrem Ausbildungsergebnis als schlecht beurteilten Schulform Hauptschule. Dies kann als ein weiteres durchaus beunruhigendes Ergebnis der Arbeit angesehen werden, da sich darin zeigt, dass empirisch nicht haltbare, also in diesem Sinne ideologisierte Sichtweisen „der“ Hauptschule und „des“ Hauptschülers an der Entstehung derjenigen Chancenbenachteiligung beteiligt sind, unter der die Absolventen leiden müssen. Auf zwei mögliche Ursachen dieser beunruhigenden Problematik sei abschließend noch hingewiesen: sie verweisen nochmals auf den Zusammenhang von struktureller Dreigliedrigkeit und zugeschriebener Dreiwertigkeit zurück. Die eine Ursache liegt sozusagen am Anfang und zu Beginn eines Hauptschulbesuchs, die andere mit dem Ende des Hauptschulbesuchs. Der frühe Selektionszeitpunkt nach der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule erzeugt einen negativen Selektionseffekt. Nicht nur individuell durch die mit der Folge hohen versagensangstbesetzten Leistungs- und Selektionsdrucks verbundenen psychischen und familiären Belastungen. Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass an dieser Schwelle bereits die negativen Stereotypisierungen beginnen: wer es nicht schafft an die Realschule oder an das Gymnasium zu gehen, bleibt an der „Restschule“. An das Stereotyp der Hauptschule als „Restschule“ werden dann andere Stereotype geknüpft: dass an der Hauptschule nur problematische Schüler aus bildungsfernen und bildungsabstinenten „Leistungsversagern“ verbleiben, die – sofern sie keinen qualifizierten Schulabschluss erreichen – bei Eintritt in eine berufliche Ausbildung in der Regel nicht über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen. Die Arbeit von Frau Matić zeigt sehr deutlich, dass von Seiten der Ausbildungsbetriebe diese negativen Zuschreibungen an die Hauptschule als Institution am unteren Ende des Bildungssystems geteilt werden. Die Auszubildenden, d.h. die Menschen müssen diese negativen Erwartungen dann gleichsam widerlegen. Es bleibt abzuwarten, ob die Änderung des Namens zu einer Aufwertung des gesellschaftlichen Ansehens führt. Ebenso bleibt abzuwarten, ob es der Mittelschule gelingen wird, mit einer substantiellen Reform von schulischen Lehrplaninhalten und didaktischen Lehrformen die Kritik an mangelnder Ausbildungsreife auszuhebeln. Dass diese Fragen aus oft genug ideologisch geprägten partei- und verbandspolitischen Interessensdiskursen gelöst werden müssen und auf solide empirische Forschung gestützt beantwortet werden müssen, das zeigt die Untersuchung von Frau Matić eindrucksvoll. Deshalb ist der Arbeit nicht (nur) eine wissenschaftliche Rezeption zu wünschen, sondern insbesondere eine breite Rezeption in Öffentlichkeit und Politik zu wünschen.

*Guido Pollak, Passau im Juni 2013*



# 1 Einleitung

## 1.1 Zielsetzung der Untersuchung

Als im Jahr 2001 die Resultate der ersten von der OECD durchgeführten internationalen Schulleistungsuntersuchung 15-jähriger Schüler<sup>1</sup> (PISA<sup>2</sup> 2000) veröffentlicht wurden (vgl. Baumert, Klieme et al., 2001), gaben die Ergebnisse „Anlass zu Besorgnis“ (Verbeet, 2010, S. 2; Stichwort „PISA-Schock“), lösten eine „hitzige Debatte“ (Menke, 2010, S. 1) aus und riefen „ein überwältigendes Echo in der deutschen Öffentlichkeit, in der Bildungspolitik, in vielen Teilen der Wissenschaft und in der Bildungspraxis hervor“ (Verbeet, 2010, S. 2).

In den Mittelpunkt der Betrachtung gerieten vor allem jene 15-Jährigen, die höchstens auf Grundschulniveau lesen konnten, an elementaren Rechenaufgaben gescheitert und auch in den Naturwissenschaften nicht über ein Basisverständnis hinausgekommen sind und als sogenannte „Risikogruppe“ (vgl. Baumert, Klieme et al., 2001) eingestuft wurden.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Risikolage, „deren Übergang ins Ausbildungs- und Beschäftigungssystem als problematisch eingeschätzt wird“, ist, wie auch die weiteren Erhebungen gezeigt haben, „unter den Hauptschüler/-innen besonders hoch“ (Reißig, Gaupp & Lex, 2008, S. 9).

Als Reaktion und Konsequenz auf die PISA-Befunde, die an späterer Stelle noch näher behandelt werden, entstand in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Schulstrukturdebatte (vgl. Merkelbach, 2007) mit einem grundlegenden und bedeutsamen Wandel in der schulischen Bildungslandschaft (vgl. Leschinsky, 2008).

Keine andere Schulform geriet dabei stärker unter Kritik und wurde andererseits so verteidigt wie die Hauptschule.

Während in anderen Bundesländern Hauptschulen als eigenständiger Bildungsgang erst gar nicht eingeführt<sup>3</sup> oder mittlerweile abgeschafft wurden, hat sich das Bundesland Bayern mit

---

<sup>1</sup> In der Arbeit wird des Öfteren nur vom Schüler, Hauptschüler, Bewerber, Absolvent oder Schulabgänger gesprochen. Sofern nicht ausdrücklich darauf verwiesen wird, sind mit den männlichen Bezeichnungen beide Geschlechter gemeint.

<sup>2</sup> PISA steht für „Programm for International Student Assessment“ (Baumert, Stanat & Demmrich, 2001, S. 15; Stanat, Artelt, Baumert, Klieme, Neubrand, Prenzel et al., 2002, S. 1). Die PISA-Studien der OECD sind international vergleichende Schulleistungsuntersuchungen zu den Kompetenzen von 15-jährigen Schülern, die seit dem Jahr 2000 in dreijährigen Abständen durchgeführt werden. Jede PISA-Studie prüft die Bereiche Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften. PISA 2000 hatte den Bereich Lesen, PISA 2003 den Bereich Mathematik, PISA 2006 den Bereich Naturwissenschaften zum Schwerpunkt der Untersuchung. Mit PISA 2009 begann der zweite Erhebungszyklus und wie schon bei der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 liegt der Schwerpunkt auf der Lese-Kompetenz. „Im Rahmen dieses Programms ist es das Ziel von PISA, die Erträge von Schulen in den Teilnehmerstaaten zu untersuchen. Auf Beschluss der Kultusminister der Länder wurde die Studie in Deutschland so erweitert, dass es darüber hinaus möglich ist, die Ergebnisse auf Länderebene zu analysieren und zu vergleichen“ (ebd., S. 1).

<sup>3</sup> In den meisten ostdeutschen Bundesländern wurden Hauptschulen erst gar nicht als eigenständiger Bildungsgang eingeführt (vgl. hierzu Baumert, Cortina & Leschinsky, 2008, S. 70-72).

der im Jahr 2007 gestarteten Hauptschulinitiative dazu entschlossen, seine Hauptschulen<sup>4</sup> mit verschiedenen Maßnahmen (u.a. Modularisierung, Spezialisierung) aufzuwerten und zu stark berufsvorbereitenden Schulen weiterzuentwickeln, um auf diese Weise die Probleme von Hauptschülern, insbesondere einen Ausbildungsplatz zu finden, zu beseitigen und ihnen dadurch bessere Bildungschancen zu eröffnen.

Bayern ist heute so Darnstädt (2010) das einzige Bundesland in dem das dreigliedrige Schulsystem „in seiner reinen Form Hauptschule, Realschule, Gymnasium fortbesteht“ (ebd., S. 63). In Bayern besuchen gegenwärtig etwa 30 Prozent der Schüler eines Jahrgangs (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2010c) und damit noch ein bedeutender Teil der Schülerschaft die Hauptschule.

„Die Hauptschule und Hauptschüler in Bayern sind leistungsfähig“, werden von der „Wirtschaft akzeptiert“ und „unterscheiden sich damit von der Situation in vielen anderen Ländern“ betont das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2008d, 2008e) bei der Einführung der neuen Hauptschulreform und rechtfertigt damit nicht nur sein Festhalten an der Hauptschule sondern auch am dreigliedrigen Schulsystem.

Tatsächlich haben Jugendliche mit Hauptschulbildung in Bayern trotz der vielerorts beschriebenen Schwierigkeiten von Hauptschülern, auf die im Weiteren genauer eingegangen wird, vergleichsweise günstigere Ausgangsbedingungen. So betrug im Jahr 2008 der Anteil der Ausbildungsanfänger mit Hauptschulabschluss bundesweit nur noch ein Drittel (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung [BIBB], 2010, S. 148-149), wohingegen der entsprechende Anteil in Bayern mit 45 Prozent (vgl. ebd., S. 149) deutlich höher lag und es folglich mehr Jugendlichen, die „nur“ über einen Hauptschulabschluss verfügten, gelang, in eine anerkannte Berufsausbildung einzumünden.

Dennoch bleibt die Diskussion um die Hauptschule und ihre Schülerschaft auch in Bayern äußerst strittig, wie im Abschnitt 2.4.2 anhand von verschiedenen Stellungnahmen, u.a. des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, der Bayerischen Wirtschaft, des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes e.V. und des Bayerischen Elternverbandes e.V., gezeigt wird.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht die Sichtweise von Ausbildungsbetrieben auf Absolventinnen und Absolventen des Hauptschulbildungsgangs.

Ziel dieser explorativen quantitativ-empirischen Untersuchung ist es, Wissen davon zu erlangen, welche Erfahrungen regionale Ausbildungsbetriebe in der Berufsausbildung von Jugendlichen aus Hauptschulen machen, wie sie Schulabgänger aus Hauptschulen in Bezug auf Merkmale, die sich an berufliche Mindestanforderungen orientieren, beurteilen, in welchen Bereichen Ausbildungsbetriebe die größten Defizite bei Hauptschulabsolventen feststellen und welche Erwartungen sie an Hauptschulbewerber haben. Ein zentrales Anliegen dieser Erhebung besteht auch darin, pauschalen Urteilen über Hauptschule und ihre Schülerschaft fundierte empirische Erkenntnisse gegenüberzustellen, um diese gegebenenfalls zu bestätigen oder zu entkräften.

<sup>4</sup> Das aktuelle Hauptschulreformkonzept in Bayern sieht ab dem Schuljahr 2010/11 die Einführung von Mittelschulen und Mittelschulverbänden vor (vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2009c, S. 2-7). Die Bayerische Mittelschule als „Hauptschule der Zukunft“ (Füller, 2009) ist eine „inhaltliche Weiterentwicklung der Hauptschule“, aber „keine neue Schulart“ (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2009c, S. 2).

Die Beschaffenheit der Stichprobe dieser Untersuchung ermöglicht es, nicht nur Antworten auf die zentralen Fragestellungen zu geben, sondern darüberhinaus die Aussagen der Betriebe feiner und differenzierter darzustellen. So wurden in jedem Auswertungsbereich die Angaben der Ausbildungsbetriebe hinsichtlich ihrer Kammerzugehörigkeit (Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, mit Doppelmitgliedschaft) unterschieden und in ausgewählten Abschnitten der Arbeit zudem die Untersuchungsergebnisse geschlechtsspezifisch für weibliche und männliche Jugendliche mit Hauptschulbildung aufgezeigt. Im Juli 2008 wurde eine Betriebsbefragung durchgeführt, deren Ergebnisse Gegenstand dieser Forschungsarbeit sind. Insgesamt haben sich 676 Ausbildungsbetriebe an der Untersuchung beteiligt. Im Folgenden wird nun ein Überblick über den Aufbau der Arbeit gegeben.

## 1.2 Struktur der Arbeit

Im Anschluss an die einführenden Darstellungen wird im Kapitel zwei die jüngere Diskussion um diese Schulform und ihre Schülerschaft thematisiert. Dabei werden wichtige Erkenntnisse und empirische Befunde anderer Untersuchungen dargelegt, die sich als wesentliche Rahmeninformationen zur Situation der Hauptschule und Hauptschüler verstehen lassen.

Der Abschnitt 2.1 gibt zunächst einen knappen Rückblick über die Einführung der Hauptschule und zeigt zusammengefasst die aktuelle Entwicklung in der schulischen Bildungslandschaft Deutschlands auf. Teil 2.2 beschäftigt sich mit entscheidenden Berichten, Analysen und Ergebnissen der jüngeren, international vergleichenden Schulleistungsuntersuchungen, die eine breite bildungspolitische Diskussion über das schulische Bildungssystem in Deutschland ausgelöst haben. Danach werden in 2.3 arbeitsmarktpolitische Aspekte der Debatte über die Hauptschule und Hauptschüler in den Blick genommen. Hierzu wird anhand ausgewählter Studien ein kompakter Überblick über den aktuellen Forschungsstand gegeben und der Versuch eines Ausblicks unternommen. Der Textabschnitt 2.4 geht auf die Haupt-/Mittelschule und ihrer Schülerschaft in Bayern ein und liefert erforderliche Hintergrundinformationen zum Verständnis der Lage der bayerischen Hauptschule. Zunächst wird die Schülerzahlentwicklung in dieser Schulform aufgezeigt und danach unter Bezugnahme verschiedener Veröffentlichungen unterschiedliche Sichtweisen auf die aktuelle Hauptschulreform in Bayern skizziert.

Der Hauptteil der Arbeit ist das Kapitel drei, in dem die Ergebnisse der Betriebsbefragung betrachtet und darlegt werden. In 3.1 der explorativ-empirischen Arbeit werden das Forschungsdesign, die grundlegenden Forschungsfragen, das Untersuchungsinstrument sowie die Untersuchungsstichprobe vorgestellt. Der Abschnitt 3.2 befasst sich mit den Untersuchungsobjekten. Die an der Befragung beteiligten Unternehmen werden anhand einer Reihe von Merkmalen, die im Fragebogen erhoben wurden, näher beschrieben. Bei der Darstellung der Ausbildungsbetriebe wird eine Differenzierung der Betriebe nach der Kammerzugehörigkeit berücksichtigt und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachgegangen. Das Teilstück 3.3 beschäftigt sich ausführlich mit den Fragen, welche Erwartungen Ausbildungsbetriebe an Absolventen aus Hauptschulen haben und welche Voraussetzungen Hauptschüler aus betrieblicher Sicht benötigen, um eine betriebliche Berufsausbildung in ihrem Unternehmen beginnen zu können. Im darauffolgenden Abschnitt 3.4 werden die Erfahrungen der Ausbildungsbetriebe in der Berufsausbildung von Jugendlichen aus Hauptschulen in ausgewählten Bereichen geschildert. Dabei wird neben der geschlechtsspezifischen Differenzierung der Betriebsantworten auch eine Unterscheidung der Aussagen nach dem Zuständigkeitsbereich der an der Untersuchung beteiligten Betriebe vorgenommen.



Nachfolgend steht in 3.5 die Beurteilung der Ausbildungsbetriebe von Absolventinnen und Absolventen aus Hauptschulen hinsichtlich verschiedener Merkmale und Standards, die sich an Mindestanforderungen von Berufen orientieren, im Mittelpunkt der Betrachtung.

Der Bereich 3.6 behandelt betriebliche Bewertungen von gängigen Äußerungen über Hauptschule und Hauptschüler. Wie im vorausgegangenen Abschnitt 3.5 wird auch in 3.6 eine separate Darstellung der Antworten der Betriebe in Abhängigkeit von ihrer Kammerzugehörigkeit gegenübergestellt.

Um Aussagen von besonders hoher Qualität in Bezug auf die zentralen Forschungsfragen treffen zu können, wurden in den Abschnitten 3.5 und 3.6 in zusätzlichen Auswertungsschritten komplexere Instrumente entwickelt, danach detaillierte Hypothesen geprüft, um weitergehende Fragestellungen beantworten zu können und dadurch eine noch differenziertere Hin-Sicht auf die Befunde zu ermöglichen.

Abschließend werden in Teil vier die wichtigsten Erkenntnisse dieser Untersuchung in der Summe aufgezeigt.

## 2 Hauptschule und Hauptschüler in der Diskussion

### 2.1 Geschichte der Hauptschule

Im Folgenden wird eine kurze Rückschau auf die Entstehung der Hauptschule gegeben und danach die aktuellen Veränderungen dieser Schulform betreffend in der schulischen Bildungslandschaft Deutschlands zusammengefasst dargestellt.

#### 2.1.1 Entstehung der Mehrgliedrigkeit im deutschen Bildungssystem

Die Verteilung der Schülerschaft auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungsgänge ist ein kennzeichnendes strukturbildendes Merkmal von Schulsystemen moderner Gesellschaften (vgl. Baumert & Artelt, 2003, S. 188). In der Bundesrepublik Deutschland setzt die Schulformgliederung bzw. die „Ausdifferenzierung von Bildungswegen“ (ebd., S. 188) in der Regel<sup>5</sup> schon nach der vierten Jahrgangsstufe ein. Damit zählt Deutschland zu einem der wenigen Länder weltweit, in denen die Ausdifferenzierung der Bildungsgänge schon zu einem so frühen Zeitpunkt stattfindet. „[...] entfernte Ähnlichkeiten finden sich im Schulaufbau Österreichs und einiger Schweizer Kantone. Außerhalb des deutschen Sprachraumes ist das charakteristische Nebeneinander unterschiedlich anspruchsvoller Bildungsgänge gleich nach der vierjährigen Grundschule weitgehend unbekannt“ (Rösner, 2007, S. 36).

Die „hierarchische Strukturierung“ des Sekundarschulwesens bildete sich in Deutschland im 18. Jahrhundert durch die Trennung von volkstümlicher und akademischer (höherer) Bildung heraus (Weiß, 2009, S. 8). Innerhalb des Primarschulwesens wurde diese Teilung durch die Einführung der gemeinsamen vierjährigen Grundschule im Jahr 1920 aufgehoben (vgl. Rekus, Hintz & Ladenthin, 1998, S. 212).

In Volksschulen<sup>6</sup>, dem Bildungsgang der breiten Massen, sollte den Kindern des armen Volkes Elementarkenntnisse, Lesen, Rechnen und Schreiben vermittelt werden, insbesondere „Religion und Disziplin“ (Rösner, 2007, S. 37). Die Volksschule wurde als die „Bildungsstätte für die Jugend der handarbeitenden Schichten“ (Rekus et al., 1998, S. 213) definiert. Diese sollten „genau so viel bzw. wenig Bildung erhalten, wie sie für ihr überschaubares Lebensumfeld“ benötigten (ebd., S. 213). In Gymnasien („Lateinschulen“), die für die Kinder wohlhabender Familien und des Adels bestimmt waren, ging es schon immer um die Vorbereitung auf ein Studium (Studienpropädeutik) (Rösner, 2007, S. 37).

„Aus der in der Ständegesellschaft angelegten Reproduktion der Stände durch zwei bzw. drei Schulformen (Volksschule und Lateinschule, mit Beginn des 18. Jahrhunderts erste Real-

<sup>5</sup> In Berlin und Brandenburg beträgt die Grundschulzeit sechs Jahre, wobei Berlin auch den Wechsel aufs Gymnasium nach der vierten Klasse anbietet. In Hamburg sollte die gemeinsame Grundschulzeit ebenfalls von vier auf sechs Jahre ausgeweitet werden. Dafür sah der Stadtstaat das Konzept der sogenannten Primarschule vor. Allerdings ging der Volksentscheid vom 18. Juli 2010 gegen die Einführung von Primarschulen aus (vgl. Darnstädt, 2010).

<sup>6</sup> Die Volksschule mit Oberstufe umfasste acht Klassen/Schuljahre (Rekus, Hintz & Ladenthin, 1998, S. 212) – die vierjährige Grundschule mit anschließender vierjähriger Volksschuloberstufe (vgl. Habermann, 2009, S. 10).

schulen) [...]“ (Mangold, Jann, Stisser, Batzel & Bolay, 2008, S. 16), bildet sich die bis heute noch fortbestehende „Dreigliedrigkeit“ des deutschen Bildungssystems mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium heraus.

Als Begründungsmuster für die Dreigliederung des Schulwesens wird im 20. Jahrhundert zunehmend die bislang noch geläufige und stark verbreitete Begabungshypothese<sup>7</sup> angeführt (vgl. Rösner, 2007, S. 42-44).

Heute kann man in Deutschland je nach Bundesland zwei bis sechs Schulformen der Sekundarstufe I unterscheiden (vgl. Baumert & Artelt, 2003, S. 189; Darnstädt, 2010, S. 57-67; Merkelbach, 2011, S. 1-4). „Die Hauptschule als die am wenigsten anspruchsvolle Form im vielgliedrigen Sekundarschulsystem der Bundesrepublik existiert formal nur noch in wenigen Bundesländern“ (Leschinsky, 2008, S. 377).

### 2.1.2 Hauptschulen im gegliederten Schulsystem

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges sollte das gesamte schulische Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert werden. Um dies zu bewerkstelligen, wurde 1953 eine Expertenrunde, der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, eingerichtet und „mit der Aufgabe, die Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens zu beobachten und durch Rat und Empfehlung zu fördern“ (Rekus et al., 1998, S. 217), beauftragt.

Am 14. Februar 1959 legte der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen in einem Rahmenplan die Empfehlung vor, die Volksschuloberstufe in eine moderne Hauptschule umzugestalten (vgl. Rösner, 2007, S. 59). „Die Teilung der Volksschule in eine vierjährige Grund- und eine fünfjährige Hauptschule [...] markierten im Rahmenplan bereits die am weitesten reichenden konzeptionellen Veränderungen des überkommenen Schulsystems“ (ebd., S. 59).

Hinter den Empfehlungen der Expertengruppe verbarg sich zum einen die Befürchtung, dass die bisherige volkstümliche Bildung der modernen Arbeitswelt mit ihren ständig steigenden Ansprüchen und Erfordernissen nicht mehr gerecht werden könnte (vgl. Rekus et al., 1998, S. 217) und zum anderen das Bemühen um die Beseitigung „althergebrachter Benachteiligung“ (schichtspezifische Auslese der Ständegesellschaft) (Leschinsky, 2008, S. 383).

Die Volksschuloberstufe sollte mit der neuen Bezeichnung Hauptschule aufgewertet werden, eine verbesserte, wissenschaftsnähere Qualifikation ermöglichen, eine breite Bevölkerungsschicht erreichen und neben dem Gymnasium und der Realschule als gleichwertige weiterführende Schulart stehen, um den „bereits damals wirksamen Trend zu selektiven Schulen [...] aufhalten oder doch zumindest abschwächen zu können“ (ebd., S. 383).

<sup>7</sup> Das Begründungsmuster der Begabungshypothese für die „Dreigliedrigkeit“ besagt, „daß es sinnvoll sei, das Schulwesen in begabungsadäquate Schulformen zu unterscheiden“ (Rekus, Hintz & Ladenthin, 1998, S. 261) und entsprechend „den postulierten Begabungstypen (manuell-praktisch, geistig-theoretisch und eine zwischen beiden vermittelnde Begabung) sind dann schulische Angebote zu formulieren“ (ebd., S. 261). Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass der Unterricht „in relativ homogenen Lerngruppen besser auf die Schilervoraussetzungen abgestimmt“ werden kann „und damit zum Zweck der Förderung aller optimiert wird“ (vgl. Baumert, Stanat & Watermann, 2006a, S. 95). „Dazu gibt es die passenden Bildungsgänge, für die einen die Hauptschule, für die anderen das Gymnasium, für wieder andere die Realschule. Das ist gleichsam die Umkehrung der funktionalistischen Dreigliedrigkeitsbegründung, die für den unterschiedlichen Qualifikationsbedarf von Wirtschaft und Gesellschaft drei verschieden anspruchsvolle allgemein bildende Schulen als erforderlich betrachtet“ (Rösner, 2007, S. 43). Heinrich Weinstock drückt dies 1955 wie folgt aus: „Dreierlei Menschen braucht die Maschine: den, der sie bedient, den, der sie repariert, schließlich den, der sie erfindet und konstruiert“ (Darnstädt, 2010, S. 63).

Die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Hauptschule sollte durch verschiedene Maßnahmen wie die Einführung eines obligatorischen Fremdsprachenunterrichts (Englisch), eines neuen Fachgebietes (Arbeitslehre) zur Vorbereitung der Schüler auf die Berufs- und Wirtschaftswelt sowie durch die Erhöhung schulischer Anforderungen und der Verlängerung der Schulpflicht von acht auf neun Jahre gewährleistet werden (vgl. Rekus et al., 1998, S. 219-222).

Am 28. Oktober 1964 wurde die Übernahme der Rahmenplanempfehlungen zur Hauptschule des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen im „Hamburger Abkommen“ der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) von den Bundesländern vereinbart (Rösner, 2007, S. 60). Zwar blieb die Entscheidung über die Einführung der Hauptschule den einzelnen Bundesländern überlassen; da jedoch schon die „Baupläne der Hauptschule erstellt waren“ (ebd., S. 60), wurden diese auch ausnahmslos von allen Kultusministerien konsequent verfolgt und fünf Jahre später umgesetzt (vgl. ebd., S. 60-65).

Entgegen dem damaligen erziehungswissenschaftlichen Erkenntnisstand über Schulformen und ungeachtet dessen, dass die Übergangsquoten in den Volksschuloberstufen seit der Veröffentlichung der Rahmenempfehlungen deutlich sanken (von 62,6% auf 54,2%) (ebd., S. 65), berief sich die Kultusministerkonferenz am 3. Juli 1969 hinsichtlich der inhaltlichen Realisierung des neuen Mittelstufenkonzeptes auf den Rahmenplan des inzwischen schon aufgelösten Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, der „in der Fachwelt länger als unhaltbar galt“ (ebd., S. 64).

Die Hauptschule wurde infolgedessen bundesweit als eigener Bildungsgang gegründet (vgl. Rekus et al., 1998, S. 222). Wie das Vorgängermodell der Volksschuloberstufe sollte auch die Hauptschule Bildungsstätte für die Mehrheit der Schüler sein (vgl. ebd., S. 230).

Anstatt jedoch vom Großteil eines Altersjahrgangs besucht zu werden, wie dies für die Volksschule der 1960er Jahre der Bundesrepublik der Fall war (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF], 2008, S. 3), machten in den Diskursen der vergangenen Jahre über die Zukunft dieser Schulart Begriffe wie „Restschule“ (vgl. u.a. Mangold et al., 2008, S. 17; SPIEGEL ONLINE, 2009; Weiß, 2009, S. 12; Solga & Wagner, 2004a, S. 98; Bayern SPD, 2008) und „Problemschule“ (vgl. u.a. Trautwein, Baumert & Maaz, 2007, S. 3-9; BMBF, 2008, S. 3; Merkelbach, 2007) verstärkt die Runde.

### 2.1.3 Hauptschule heute

Die Hauptschule gilt als „die erfindungsreichste Schulart in der deutschen Schulgeschichte“ (Friedrich, 2007, S. 1). Obwohl seit ihrem Entstehen zahlreiche Maßnahmen und Interventionen zur Stärkung dieser Schulform durchgeführt wurden (vgl. hierzu Friedrich, 2007), hat sich die Stigmatisierung der Hauptschule in der Gesellschaft zunehmend verstärkt (vgl. Rösner, 2007).

Durch die Teilnahme der deutschen Schulen an den internationalen Studien PISA und IGLU<sup>8</sup> und nach dem Fall der Rütli-Schule<sup>9</sup> wurde die Benachteiligung von Hauptschülern

<sup>8</sup> IGLU steht für Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/IGLU-Studie>).

<sup>9</sup> Die Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln ist bundesweit bekannt geworden und löste eine bundesweite Debatte über das Schulsystem in Deutschland, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und Gewalt an Schulen aus, als das Lehrerkollegium der Rütli-Schule im März 2006 der Senatsverwaltung Berlin einen „Brandbrief“ schrieb und die Schließung der Schule beantragte. Der Brief wurde kurze Zeit später veröffentlicht (vgl. Musharbash & Volkery, 2006).